



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

z/24/265 - 17. November 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0888890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	<u>Von Wehrissen 1945 bis Hannover 1960</u> Zur Nachkriegsgeschichte der Deutschen Sozialdemokratie Von Egon Franke, MdB, Vorsitzender des SPD-Ländesausschusses Niedersachsen	137
3 - 4	<u>Sensation in Dänemark - Grosser Erfolg der Sozialdemokraten</u> Ein interessantes Wahlergebnis Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Riisten	81
5	<u>Hassel und das Bundesverfassungsgericht</u> Vorstoß gegen Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit Von Dr. Adolf Arndt, MdB	45
6 - 8	<u>Vor den Wahlen in Japan</u> Von Richard Reitzner, MdB	156

* * *

Wichtiger Hinweis - Parteitag Hannover

Der Sozialdemokratische Pressedienst wird von 21. bis zum 25. November 1960 in Hannover herausgegeben und versandt. Die Redaktion befindet sich während dieser Zeit in der Niedersachsen-Halle und ist telefonisch unter nachstehenden Nummern zu erreichen:

Hannover: Telefon 28619 und 28629

Fernschreiber: 9-25838

Wegen der technischen Vorbereitungen in Hannover erscheint der Dienst am Samstag, den 19. November nicht. Die nächste Ausgabe kommt am Montag, den 21. November 1960 in Hannover heraus.

* * * * *

Von Wennigsen 1945 bis Hannover 1960

Zur Nachkriegsgeschichte der Deutschen Sozialdemokratie

Von Egon Franke, MdB,
Vorsitzender des SED-Landesausschusses Niedersachsen

Fünfzehn Jahre sind seit dem Zeitpunkt vergangen, da die grauhafteste Unterdrückung und Verfolgungszeit der Sozialdemokratie ein Ende fand. Genau fünf Monate nach dem Zusammenbruch des "Tausendjährigen Reiches" konnte vom 5. - 7. Oktober 1945 in Kloster Wennigsen bei Hannover die erste grosse Tagung der Sozialdemokratischen Partei, besetzt mit Delegierten aus fast allen Teilen Deutschlands, durchgeführt werden.

Der zeitliche Abstand ist schon wieder beachtlich gross, um sich heute noch vor Augen führen zu können, unter welchen Schwierigkeiten und unvorstellbaren Opfern diese erste Begegnung alter Gesinnungsfreunde, aber auch schon junger neuer Mitstreiter nach vielen Jahren gewaltsamer Trennung zustande kam. Nur für die, die dabei waren, klingt heute noch die Freude nach, aber auch der Schmerz über die Gewissheit des Verlustes vieler aufrechter Frauen und Männer, die für ihre Überzeugung ihr Leben liessen.

Kloster Wennigsen war nicht nur ein erstes Wiedersehen, sondern es war zugleich ein erster Appell mit einem stolzen Ergebnis.

Erfreulich gross war die Zahl derer, die trotz der schweren Opfer, die gebracht werden mussten, zur Verfügung standen, um erneut als Sozialdemokraten tätig zu werden. Nur diesem Tatbestand ist es zu verdanken, dass die Deutsche Sozialdemokratie sofort wieder tätig werden konnte und eine stürmische Aufwärtsentwicklung nahm. Die Gewissenhaftigkeit und sorgfältige politische Schulungsarbeit aus der Zeit vor 1933 wirkte so nachhaltig, dass darin eine grosse Anerkennung gleichzeitig gegeben war.

Die geschlossene Durchführung der gut und sorgfältig vorbereiteten Konferenz scheiterte im letzten Augenblick an dem Einspruch der gebietlichen Besatzungsmacht. Entsprechend der Unterteilung Deutschlands in Besatzungszonen durften zu einer offiziellen und genehmigten Tagung nur die Bewohner der britischen Besatzungszone zusammenkommen, während die Delegierten aus der amerikanischen Zone jeweils nur zu einem geselligen Beisammensein in anderen Lokalitäten des gleichen Ortes zusammentreffen durften. Die Delegierten aus der französischen Besatzungszone hielten sich sogar "illegal" in Wennigsen auf. Das gleiche galt auch für die aus der Vier-Sektorenstadt anwesenden Berliner. Aber das bereitete den Beteiligten keine Schwierigkeiten. Am Abschluss stand der Auftrag an Dr. Kurt Schumacher und sein Büro, zum frühestmöglichen Zeitpunkt einen Gründungsparteitag

17. November 1960

für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vorzubereiten. Voller Zuversicht und Vertrauen in die ungebrochene Kraft der Sozialdemokratie führen die Teilnehmer der Konferenz von Wennigsen in ihre Heimatorte zurück, um im lokalen Bereich intensiv den Auf- und Ausbau der neuen Partei zu betreiben.

In Hannover-Linden, in der Jacobsstrasse, im Büro Dr. Kurt Schumacher, liefen alle Fäden zusammen. Dort war die vorläufige Zentralstelle. Unermüdlich wurde an der Erfüllung des Kloster Wennigsen-Auftrag gearbeitet.

Vom 8. - 11. Mai 1946 fand in Hannover der erste Parteitag der Nachkriegszeit statt. Es erfolgte in aller Form die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Kurt Schumacher eröffnete den Parteitag, der in einer wiederaufgebauten Fabrikhalle der Hannomag stattfand und begrüßte die Teilnehmer mit den Worten: "Genossinnen und Genossen, ich eröffne den ersten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik". In diesen Worten lag alles, was der damaligen politischen Situation entsprach.

Es war einer der bedeutendsten Parteitage in der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie. Gross war die Zahl der internationalen Gäste, die durch ihr Erscheinen bekundeten, dass das bessere Deutschland seine Anerkennung bei den anderen Völkern dieser Erde nicht verloren hatte. Ein Höhepunkt dieses Parteitages war das Referat Kurt Schumachers über "Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie".

In einer Zeit, da viele andere, die heute das grosse Wort führen, weder sichtbar noch hörbar waren, machte sich die Sozialdemokratie Sorgen und Gedanken um die Zukunft Deutschlands. Wie sollte es auch anders sein? Es entsprach der Gesinnung und Geisteshaltung, die Sozialdemokraten zu allen Zeiten auszeichnete und auszeichnen wird. Die Schlussworte Kurt Schumachers lauteten: "Sozialdemokratie heisst Deutschland und Völkerfrieden". Auch das zu einer Zeit, als manche versuchten, Teile Deutschlands aus der nationalen Einheit auszubrechen.

Mit diesem Auftrag neuer politischer Aktivität der Sozialdemokraten begann ein neues politisches Leben und Bewusstsein.

Ein Jahr später, vom 29. Juni bis 2. Juli 1947, wurde in Nürnberg der 2. ordentliche Parteitag durchgeführt, der vor allen Dingen seine Aufgaben in der organisatorischen Festigung der Partei sah, aber darüber hinaus Richtlinien für den Aufbau einer deutschen Republik entwickelte, die in der praktischen Arbeit des Beginnes parlamentarischer Institutionen wertvolle Anhaltspunkte gaben. Wieder ein Jahr später, vom 11. - 14. September 1948, fand in der Rheinmetropole Düsseldorf ein weiterer Parteitag statt. Kurt Schumacher, der das politische Referat halten sollte, war durch eine schwere Erkrankung verhindert, am Parteitag teilzunehmen. Das von ihm ausgearbeitete Referat "Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus" trug Andreas Gayk, damaliger Oberbürgermeister von Kiel, vor. In Düsseldorf wurde entschieden, nur alle zwei Jahre in Zukunft einen Parteitag durchzuführen. Daraufhin folgte vom 21. - 25. Mai 1950 der nächste Parteitag in Hamburg. Kurt Schumacher war wieder dabei und hielt das politische Hauptreferat über das Thema: "Die Sozialdemokratie im Kampf für Deutschland und Europa".

In der Zwischenzeit ergab sich aus zahlreichen Forderungen der Partei die Notwendigkeit, an programmatischen Erklärungen zu arbeiten und so wurde für den nächsten Parteitag, als Beginn einer programmatischen Arbeit, das bekannte Aktionsprogramm vorbereitet.

1951, vom 30. Juni bis 3. Juli, wurde in Frankfurt a.M. auf einem stark besetzten Kongress die Sozialistische Internationale gegründet. Auf dieser Tagung wurden Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus in Form von Grundsätzen in einer Erklärung der Sozialistischen Internationale beschlossen. Diese Erklärungen wurden bei der Bearbeitung des Aktionsprogrammes verwendet. Kurt Schumacher verfasste die Präambel.

Auf dem vom 24. - 28. September 1952 in Dortmund durchgeführten ordentlichen Parteitag wollte Kurt Schumacher das Aktionsprogramm vertreten und beschliessen lassen. Wenige Wochen vorher, am 20. August, verstarb er. An seiner Stelle wurde Erich Ollenhauer auf dem Parteitag zum Vorsitzenden gewählt. Er hielt das Hauptreferat "Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vorrangliches Ziel sozialdemokratischer Politik".

Der nächste Parteitag fand 1954 vom 20. - 24. Juli in Berlin statt. Mit diesem Parteitag bekundete die Sozialdemokratie demonstrativ mit nachhaltiger Wirkung ihre besondere Verbundenheit zu dieser Stadt, die nach wie vor als die Hauptstadt Deutschlands gilt. Auf Berlin folgte München. Es war ein Parteitag, der der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes diente, aber auch den Wandlungsprozess in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zum besonderen Beratungsgegenstand erwählte. Zu dem Thema: "An der Wende der deutschen Politik" sprach Erich Ollenhauer, während Prof. Carlo Schmid und Prof. Leo Brandt über "Die zweite industrielle Revolution" eindrucksvolle Ausführungen machten.

Zwei Jahre später, vom 18. - 23. Mai 1958, tagte der nächste Parteitag in Stuttgart. Erich Ollenhauer sprach über "Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik". Ausserdem wurde der organisatorische Aufbau der Partei neu geordnet. Besonders erwähnt werden muss, dass auf diesem Parteitag der Entwurf eines umfassenden Grundsatzprogramms vorlag und als Diskussionsgrundlage beschlossen wurde mit der Auflage, auf einem Sonderparteitag das nach der Diskussion in der Partei erarbeitete Programm zu beschliessen. Der Programmentwurf war die Weiterentwicklung des Aktionsprogrammes von 1952 und enthielt gleichzeitig die Ergebnisse gesellschafts- und wirtschaftspolitischer neuester Analysen. Auf einem ausserordentlichen Parteitag vom 13. - 15. November 1959 in Bad Godesberg wurde das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen. Dieses Programm bildet die Grundlage der sozialdemokratischen Politik in dieser und der kommenden Zeit.

Der diesjährige Parteitag in Hannover wird seiner Aufgabe nur dann vollauf gerecht werden können, wenn er durch seine Beratungen und Entscheidungen die Voraussetzungen dafür schafft, die Aussage des Grundsatzprogrammes verwirklichen zu können.

Sensation in Dänemark

Ein interessantes Wahlergebnis

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Die Ergebnisse der dänischen Parlamentswahlen sind als Sensation empfunden worden. Seit vierzig Jahren hat man keine ähnlichen Wandlungswahlen erlebt. Die Grundlage für die Weiterführung der bisherigen Dreiecks-Regierung ist weggefallen, weil eine der Stützparteien, die Linksbürgerlich-radikale, stark zurückging und der zweite Koalitionspartner, die Liberal-Rechtsstaatspartei, völlig aus dem Folketing verschwand. Katastrophale Wirkungen hatten die Wahlen auch für die Kommunistische Partei, die die Sperrklauseln des Wahlgesetzes nicht überwinden konnte, während zwei neue Parteien, die rechtsstehenden Unabhängigen, und die linkstehende Sozialistische Volkspartei flott über die Hürden sprangen.

Grosser Erfolg der Sozialdemokraten

Für die Sozialdemokraten, die die Führung der Dreiecks-Regierung hatten, sind die Wahlen ein grosser Erfolg. Die Partei von Viggo Kampmann, Nachfolger des verstorbenen H.C. Hansen, erreichte zum ersten Male die Millionengrenze der Wählerstimmen, erhöhte ihren Anteil von 39.4 auf 42.1 Prozent und gewann sechs neue Mandate. Mit 76 Sitzen, von insgesamt 175, (vier restliche Vertreter Grönlands und den Färöer sind unpolitisch) stellt die Sozialdemokratische Partei weiterhin die weitaus grösste Fraktion. Die Partei hat viele neue Mittelstandswähler angezogen. Trotzdem ist man in sozialdemokratischen Führungskreisen, und nicht nur hier, besorgt über den sprunghaften Aufstieg der Sozialistischen Volkspartei von Axel Larsen, die mit fast 150 000 Stimmen und elf Sitzen unerwartet die zweitgrösste Partei Dänemarks wurde.

"Titoisten" mit elf Mandaten

Diese neue politische Bewegung ist - für nordische Verhältnisse - ein Phänomen. Seit 1920 stand Axel Larsen an der Spitze der dänischen Kommunisten, die 1945 ihren Höhepunkt mit 18 Mandaten und ein Achtel der Stimmen erreichten. Aber im Jahre 1958 brach Axel Larsen mit Moskau unter den Einwirkungen des 20. Parteitages der KP UdSSR und der Ereignisse in Polen und Ungarn. Er wurde zum Rücktritt als Parteivorsitzender gezwungen und aus der Partei ausgeschlossen, worauf er eine eigene Sozialistische Volkspartei im Parlament anmeldete.

Von dem "harten Kern" der Kommunisten als "Titoist und Revisionist" verschrien, ist es ihm jetzt gelungen, seine Partei zum bisher sensationellsten Sieg im politischen Leben Dänemarks zu bringen. Nicht nur hat er zehntausende von früheren kommunistischen Stimmen gewonnen; er konnte auch grosse Teile der Neuwähler, sowie Abgewanderte von der Linken und bürgerlichen radikalen Partei und der Rechtsstaatspartei auf sich vereinen. Vielleicht gaben sie dem jetzt 63-jährigen Axel Larsen ihre Stimmen aus persönlicher Sympathie für einen "reinen Umkehrer" oder unter dem

Eindruck seines Auftretens im Fernsehen. Im Wahlkampf haben die bürgerlichen Parteien Axel Larsen auffällig geschont.

Totale Abrüstung als Wahlschlager

Der Hauptschlager von Axel Larsens Programm ist die totale Abrüstung Dänemarks, Austritt aus der NATO ("Dänemark kann genauso wenig von den Alliierten verteidigt werden, wie von einem Feldwebel mit acht Mann") und die Verwendung und Überführung der 1.200 Millionen Kronen, die die Verteidigungsausgaben Dänemarks jährlich betragen, für soziale Ausbildungszwecke. Ausserdem lehnt Larsen die Aufrüstung Westdeutschlands und die militärisch-politische Zusammenarbeit Dänemarks mit der Bundesrepublik scharf ab.

Die Deutsche Minderheit in Nordschleswig konnte trotz Stimmenrückgang ihr Mandat im Folketing behaupten, das wieder Schmidt-Ochsüll zugefallen ist.

Perspektiven für die Regierungsbildung

Die bisherige Dreieck-Regierung bestand seit Mai 1957 und verfügte mit insgesamt 95 Sitzen über eine sichere Mehrheit. Die Rechtsstaatspartei hat alle ihre neun Mandate verloren und die Radikalen mussten von vierzehn Sitzen drei abgeben. Damit ist die Stärke der Regierungsseite, trotz sozialdemokratischen Gewinns, auf 87 zurückgegangen; genau ein Sitz weniger als die erforderliche Mehrheit.

Die Rechtsstaatspartei ist wegen ihres weitgehenden Opportunismus und ideologischer Charakterlosigkeit zerschmettert. 1957 hatte sie überraschenden Erfolg mit ihrer Grundsteuer-Idee; jetzt wird sie sich wahrscheinlich auflösen.

Für die bürgerlichen Oppositionsparteien waren die Wahlen eine Enttäuschung. Ihr gemeinsames Steuersenkungsprogramm fand in der jetzigen Hochkonjunktur keinen Anklang. Die Gewinne der konservativen und reaktionären Unabhängigen wurden durch Einsüssen der Bauernpartei "Vinstre" fast ausgeglichen. Die bürgerliche Opposition verfügt jetzt über 76 Sitze gegenüber 76 der Sozialdemokraten und 11 Linksradikalen.

Aus der neuen Lage ergibt sich voraussichtlich eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die von Fall zu Fall ihre parlamentarische Unterstützung bei Axel Larsen und den Radikalen finden muss. Die erwünschten klaren parlamentarischen Verhältnisse, die in Dänemark sehr selten sind, wurden nicht erreicht und schon spricht man davon, dass die neue Regierung nicht unbedingt die Legislaturperiode von vier Jahren durchstehen wird. Die parlamentarische Situation in Dänemark ist also verworrender und heikler als je seit 1945.

Hassel und das Bundesverfassungsgericht

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Jetzt liegt das Wortprotokoll darüber vor, was v. Hassel als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein im Landtag gegen das Bundesverfassungsgericht sagte. Die Äußerung lautet:

"Ich habe bisher, Herr Abgeordneter Adler, vor den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts großen Respekt gehabt. (Abg. Adler: Bisher, sagten Sie?) Bisher, jawohl! Ich habe nämlich leider den Eindruck, als ob man mitunter einige Urteile nicht mehr ganz nach juristischen Gesichtspunkten verstehen kann."

Auch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts unterliegen der Kritik. Es steht jedermann frei, das eine oder andere Urteil aus rechtlichen Gründen für irrig zu halten und im Wege der Meinungsäußerungen darauf hinzuwirken, daß die Rechtsprechung sich künftig ändert. Mindestens muß es jedoch zweifelhaft erscheinen, ob es dem Ministerpräsidenten eines Landes in amtlicher Eigenschaft zusteht, sich gegen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vor dem Landtag zu wenden.

Aber darum handelt es sich hier gar nicht. Die Entgleisungen Hassels haben einen ganz anderen Inhalt.

Erstens hat Hassel dem höchsten Gericht der Bundesrepublik Deutschland die volle Achtung versagt. Denn seine Betonung, bisher und nur bisher hätte er vor diesem Gericht großen Respekt gehabt, kann nicht anders verstanden werden, als daß Hassel eine Minderung seiner Achtung zum Ausdruck bringen wollte.

Zweitens enthält die Bemerkung, man könne ein Urteil nach juristischen Gesichtspunkten nicht mehr ganz verstehen, die Unterstellung, daß für diese Urteile nicht oder nicht allein rechtliche Erwägungen maßgeblich gewesen seien, sondern Erwägungen außerrechtlicher Art, z.B. politische Gesichtspunkte. Damit wird das Bundesverfassungsgericht in versteckter Weise bezichtigt, den Weg des Rechts verlassen und nicht nach Maßgabe des Rechts seine Urteile gefällt zu haben.

Dieser Vorwurf grenzt an die Beschuldigung der Rechtsbeugung. Da es für einen so ungeheuerlichen Verdacht auch nicht den geringsten Anhaltspunkt gibt, steht Hassel vor der Öffentlichkeit als ein Politiker, der durch seine Entgleisung gegen einen elementaren Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit verstieß. Denn es gehört fundamental zum rechtsstaatlichen Denken, den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und den Gerichten selber auch dann die volle Achtung zu bezugen, falls man subjektiv meint, das Gericht sei einem Irrtum erlegen. Eine Meinungsverschiedenheit aber über die rechtliche Richtigkeit einer verfassungsgerichtlichen Entscheidung zum Anlaß zu nehmen, um das Gericht zu verdächtigen, es hätte nicht nach bestem Wissen und Gewissen einzig das Recht zur Grundlage seines Urteils machen wollen, sondern sich von außerrechtlichen Wünschen beeinflussen lassen, verletzt die Pflicht zum rechtsstaatlichen Verhalten, die für einen Ministerpräsidenten unbedingte Richtschnur sein muß.

+ + +

Vor den Wahlen in Japan

Von Richard Reitzner, RdB

Der Verfasser dieses Artikels ist kürzlich von einer längeren Japan-Reise zurückgekehrt.

Japan ist für die Europäer immer noch fernes Land. Wer "Rashomon" oder "Kesa und Morito" liest, wird nicht nur gefesselt sein, sondern vielleicht auch meinen, die mittelalterliche Welt lebt noch. Vielfach wiederum nimmt man an, der Vormarsch der Technik habe die alten Traditionen des Landes verdrängt. Richtig ist, dass das Meer um das Inselreich lange eine Schutzmauer gewesen ist. So finden wir heute noch die Tee-Ceremonie, das No-Spiel und die Kunst des Blumen-Arrangements neben westlichen Vorbildern.

Die Folgen des 2. Weltkrieges jedoch schufen soziale, wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten unvorhergesehenen Ausmaßes. Vor dem letzten Weltkrieg hatte Japan nicht nur auf dem Ostasiatischen Kontinent Füsse gefasst; die "nationale" japanische Politik bewegte sich bis in die Richtung der Südsee (Niederländisch Ostindien). Heute sind 92 Millionen Japaner auf dem gebirgigen Inselreich zusammengedrängt.

- 36 % der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, Fischerei und Forsten
- 20 % in der Industrie
- 17 % im Handel, Geld- und Versicherungswesen
- 12 % in verschiedenen Diensten
- 7 % im Bergbau, Energiewirtschaft
- 5 % im Bau- und Bauhilfsgewerbe
- 3 % in öffentlichen Diensten

Die Zahl der Arbeitslosen wird offiziell mit 590 000 angegeben, die geschätzte Zahl der Unterbeschäftigten aber beträgt 7 000 000.

Die Neuordnung Japans nach 1945 wird u.a. am deutlichsten charakterisiert durch die Funktion des Kaiserkrauses. Der Kaiser hat aufgehört, eine göttliche Institution zu sein. Ausserdem verbietet die neue Verfassung dem Staat die Unterstützung religiöser Organisationen. Allein dadurch ist der Shintoismus in grosse Schwierigkeiten geraten. Ohne Zweifel lebt die Jugend bewußt in der Gegenwart, ihr Fortschritts-glaube äussert sich häufig in dramatischen Kundgebungen. Das verbrecherische Attentat auf den Führer der japanischen Sozialisten Asanuma hat nicht nur in Deutschland das Interesse an der politischen Entwicklung Japans und an den kommenden Wahlen wachgerufen, sondern auch an die vielen "direkten Aktionen" in der japanischen Politik erinnert. Die Ermordung vieler leitender japanischer Staatsmänner im Februar 1936 durch junge Offiziere ist nur eine dieser "Aktionen" gewesen. Damals sollte auch der Ministerpräsident Okada ermordet werden. Sein Haus war bereits von den Rebellen umzingelt, eine Verwechslung aber rettete ihm das Leben. Ein ihm ähnlicher Vetter wurde an seiner statt ermordet. Bei der Beisetzung des ermordeten Veters konnte der Ministerpräsident in der Verkleidung eines Sargträgers entkommen.

Die bevorstehenden Wahlen in das japanische Parlament (DIET) werden für die kommende Entwicklung in Japan und auch im Fernen Osten von grosser Bedeutung sein. Das letzte Parlament zeigt die folgende Zusammensetzung:

	<u>Unterhaus</u>	<u>Oberhaus</u>
Liberaldemokratische Partei (Reg.P.)	286	135
Sozialistische Partei	123	67
Demokratisch-Sozialistische Partei	40	17
Unabhängige	2	14
Kommunistische Partei	1	3
Sangiin Doshikai (konserv.)	-	11
Vakanzen	15	3
	<u>467</u>	<u>250</u>

Zu den aussenpolitischen Problemen nehmen die drei grossen Parteien die folgende Haltung ein:

Liberaldemokratische Partei: Verdamnung aller Formen von Gewalttaten, gegen den Klassenkampf, Schutz der parlamentarischen Demokratie.

Sozialistische Partei: Für eine parlamentarische und neutrale Regierung. Kontrolle der rechtseradikalen terroristischen Gruppen.

Demokratisch-sozialistische Partei: Schutz der parlamentarischen Demokratie, Kampf gegen die Liberaldemokratische Partei, welche die öffentliche Meinung ignoriert und Kampf gegen jene Sozialisten, die zur Gewalt Zuflucht nehmen.

Diplomatie und Verteidigung

Liberaldemokratische Partei: Für Frieden und Demokratie, für die UN, und für eine Kooperation mit der freien Welt.

Gegen den Neutralismus. Privater Handel mit Rot-China, Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten. Für einen japanisch-russischen Friedensvertrag, sofern die territorialen Probleme gelöst sind.

Sozialistische Partei: Positive Neutralität, freundliche Beziehungen mit USA, Rot-China und der Sowjet-Union, Abschaffung des Sicherheitsvertrages mit USA, Abzug der USA-Streitkräfte, Errichtung einer atomfreien Zone im Nordwest-Pazifik, Verbot der Erzeugung nuklearer Waffen, Rückgabe von Okinawa und der Bonin-Inseln, für die Aufnahme Chinas in die UN. Friedensvertrag mit Peiping, baldiger Friedensvertrag mit der Sowjetunion, Verminderung der Selbstverteidigungskräfte und Umbau in Baukorps.

Demokratisch-sozialistische Partei: Kooperation mit der freien Welt, Wiederherstellung von Bindungen mit Rot-China, Ausbau der Selbstverteidigungskräfte nur innerhalb der Verfassung, stufenweise Aufhebung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages.

Wirtschaftliche Entwicklung

Liberaldemokratische Partei: Erhöhung des Nationaleinkommens mehr denn zweifach, Vollbeschäftigung, 5 Jahr-Strassenbauprogramm, weitere Entwicklung der chemischen und der schweren Industrie.

Sozialistische Partei: Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Vollbeschäftigung in den nächsten 4 Jahren, Verbesserung des Lebensstandards durch Verminderung der Verteidigungskosten, Handel mit Rot-China.

Demokratisch-sozialistische Partei: Verwirklichung der Vollbeschäftigung, Besteuerung und Reduzierung hoher Einkommen. Mindesteinkommen pro Familie 50 000 Yen monatlich (1,- DM = etwa 200 Yen), Steigerung der Produktivität, Erhöhung des National-Einkommens um das Doppelte. Ausbau und Entwicklung der demokratischen Arbeiter-Bewegungen.

Soziale Sicherheit

Liberaldemokratische Partei: Erhöhung der Alters-Renten, Erhöhung der Schwangerschafts- und Mütter und Kind-Zuwendungen. Ein Haus für jede Familie.

Sozialistische Partei: Sicherstellung von 220 Milliarden Yen (2,4 Milliarden DM) im neuen Budget für soziale Sicherheit, kürzere Arbeitszeit, Mindestlohn von 8.000 Yen monatlich, Staatlicher Gesundheitsdienst. Ein Raum für jede Person.

Demokratisch-sozialistische Partei: 30 % des Budgets für Sozial- und Wohlfahrts-Ausgaben, Altersrenten und Volkspension 3 000 Yen mindestens monatlich, Erhöhung der Arbeitslöhne. Bau von 500 000 Hausseinheiten jährlich.

Zur Frage der Erziehung und Bildung verlangt die Liberaldemokratische Partei vor allem die Korrektur des Links-Trends in der japanischen Lehrerversion "Hikkyses". Die Sozialisten fordern die Beendigung der reaktionären Erziehungspolitik. Die demokratischen Sozialisten verlangen gleiche Chancen für alle in Schule und Erziehung, den Ausbau der Ingenieurschulen und die Verbesserung der Stipendien für Schüler und Studenten.

Ikeda und Kishi

Ein immer wiederkehrendes Gesprächsthema ist die Frage, ob Ministerpräsident Ikeda sich von seinem Vorgänger Kishi unterscheidet. Ikeda, der sich selbst als "sauberer Ministerpräsident" vorstellte, hat einige Male erklärt, dass er die Methoden seines Vorgängers nicht billige und bereit sei, mit den oppositionellen Parteien in einem freundschaftlichen Klima zu verhandeln, denn, so sagte er, Hass und Kampf können nur zerstörend sein. Ohne Zweifel wird die Liberaldemokratische Partei von den Industriellen unterstützt. Die Herren der japanischen Wirtschaft werden sicher Hunderte Millionen Yen (man spricht von 8-900 Millionen) springen lassen, da es die Mehrheit der Ikeda-Partei im neuen Parlament so gross wie möglich werde. Da die neue Regierung der Liberaldemokraten eine Änderung der gegenwärtigen Verfassung beabsichtigt, wird davon abhängen, wie gross ihre Mehrheit sein wird. Sicher ist, daß Ikeda eine neue "epochale Erziehungspolitik" einführen gedenkt, damit in die Seelen der Jugend moralische Ideen eingepflanzt werden.

Unsere Freunde in der demokratisch-sozialistischen Partei haben eine gute Ausgangsposition. Breite Schichten der Bevölkerung verabscheuen die Ernennung Asanumas. Das Volk versteht die Sprache der Gewalt nicht, aber man mißtraut auch den nichtoffiziellen Kommunisten in der sozialistischen Partei. In den letzten Monaten konnte die junge demokratisch-sozialistische Partei (sie ist erst am 24.4. 1960 gegründet worden) in ganz Japan Fuss fassen. Der stellvertretende Vorsitzende Hiroyoshi Yokota beurteilte die Lage für seine Partei recht zuversichtlich, übersieht aber nicht die Aufbau-schwierigkeiten und das Langsame Umdenken der Landbevölkerung und der älteren Wähler überhaupt.

Soziale Sicherheit, die Beziehungen zu China, der Sicherheitsvertrag mit den USA, die Tendenz zum Neutralismus, parlamentarische Demokratie oder Diktatur, das sind die Probleme, die heute dem politischen Leben Japans das Gepräge geben. Die demokratisch-sozialistische Partei, die zwar bisher mit der Unterstützung des Generalrates der japanischen Gewerkschaften (Sokgo) noch der Studenten der Zengakuren rechnen kann, wird sich ohne Zweifel gut schlagen.

Wie lückenhaft die politische Bildung auch der studierenden Kreise ist, zeigt die folgende Episode: Eine Hochschülerin, die gut englisch sprach, sagte mir: "Ich verehere zwei Deutsche, Marx und Beethoven" - Von Beethoven wußte sie sehr viel, sie musiziert auch, von Marx wußte sie nur, dass er der Befreier der Unterdrückten gewesen und übrigens eine anerkannte Autorität sei. Wer in Japan als geistige Autorität anerkannt ist, der gilt eben etwas. Im ganzen gesehen liegt der Schwerpunkt der Diskussionen im Feld der Aussenpolitik. Die Tendenz zum Neutralismus ist ohne Zweifel sehr verbreitet. Der Kampf gegen die Armut, die Forderung nach grösserer sozialer Gerechtigkeit und nach grundlegenden Reformen sind jedoch die Aufgaben, an denen sich die japanische Demokratie in der Zukunft bewähren muss.